**Deutscher Bundestag** **Drucksache 19/14343**

**19. Wahlperiode** 22.10.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

# Antrag

**der Abgeordneten Dr. Gero Hocker, Frank Sitta, Carina Konrad, Karlheinz Busen, Nicole Bauer, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Christian Sauter, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

## Fachlich fundierte und europäisch einheitliche Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft mit Zukunft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die europäische Agrarwirtschaft der vergangenen Jahrzehnte hat sich mit den vor- und nachgelagerten Bereichen nach und nach zu einer hoch modernen und immer weiter technisierten Branche entwickelt. So schafft es dieser moderne und innovative Sektor, Nahrungsmittel in ausreichender Menge und unter höchsten Qualitätsstandards zu produzieren. Der Agrarstrukturwandel hin zu größeren und spezialisierten Betrieben hat zwar vielerorts den Weg für wettbewerbsfähigere Strukturen geebnet, in Regionen mit kleineren Flächeneinheiten prägt dieser Umbruch die landwirtschaftlichen Strukturen jedoch stärker.

Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland ist in der Vergangenheit zunehmend in den Fokus von öffentlichen Debatten gerückt. Dafür stehen beispielsweise die Diskussionen über die moderne Tierhaltung. Immer größere Teile der Gesellschaft sehen die intensive Tierhaltung und Fleischproduktion kritisch und die Akzeptanz für neue Ställe nimmt ab. Landwirte bemerken, dass zentrale Fragen der Tierhaltung, etwa wieviel Platz den Tieren zur Verfügung gestellt wird, wie sie gefüttert werden und welche Auswirkungen moderne Tierhaltung auf die Umwelt hat, in der Bevölkerung oftmals auch emotional diskutiert werden. Des Weiteren lassen Kontroversen über mögliche Auswirkungen von Pflanzenschutz-

mitteln auf Insekten oder auch der hergestellte Zusammenhang zwischen moderner Landwirtschaft und dem Rückgang der Biodiversität erkennen, dass wissenschaftliche Argumente oftmals in den Hintergrund geraten.

Doch gerade die Innovationen in der Branche, die mit neuen Ställen und Modernisierungen einhergehen, bieten die Möglichkeit, um auf Aspekte des Tierwohls und der Nachhaltigkeit immer besser einzugehen. Ziel muss es daher sein, die Investitionsbereitschaft der deutschen Landwirte in Stallneubauten zu steigern. So bietet jeder neu, nach modernsten Standards gebaute, Stall das meiste Tierwohl und die besten technischen Voraussetzungen für eine moderne, regionale Tierhaltung. Für die Landwirte ist es von grundlegender Bedeutung, dass eine ausreichende Bandbreite zugelassener Pflanzenschutzmittel zur Verfügung steht, um zunächst die Erträge ihrer Kulturen zu sichern, Resistenzen von Ungräsern und Schädlingen vorzubeugen und Produkte nach den hiesigen Qualitätsanforderungen liefern zu können. Digitale Technologien in der Landwirtschaft bieten zudem schon jetzt weitgehende Chancen, aufkommenden Herausforderungen zu begegnen.

Die zentrale Aufgabe der politischen Entscheidungsträger muss es sein, die landwirtschaftliche Produktion in Einklang mit den Wünschen und Anforderungen aus der breiten Gesellschaft zu bringen. Jedoch müssen wissenschaftliche Grundlagen und sachlich ausgearbeitete Tatsachen die Voraussetzung dieser Auseinandersetzungen sein. Die im Rahmen des sogenannten „Agrarpaketes“ vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) und Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) vorgestellten Maßnahmen greifen eine Reihe von Punkten auf, die das Wirtschaften der Landwirte in Deutschland massiv beeinträchtigt. Vor allem das „Aktionsprogramm Insektenschutz“ bringt weitreichende Einschnitte für die konventionelle Landwirtschaft mit sich und sieht mit einer Vielzahl von Maßnahmen vor, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf einem großen Teil der bewirtschafteten Fläche stark einzuschränken. Die daraus entstehenden Restriktionen würden die Produktion in Deutschland noch weiter erschweren und zudem die Wettbewerbsfähigkeit inländischer Agrarproduktion schwächen.

Die Antwort auf die Forderung, dass landwirtschaftliche Produktion stärker im Einklang mit der Natur stattfinden soll, kann jedoch nicht eine weitere Extensivierung der Produktion in Deutschland sein. Vielmehr müssen Innovationen und der Einsatz moderner Technologie im Stall und auf dem Feld den Weg bereiten, die moderne Landwirtschaft zu gestalten. Mit den Zielen des von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten „Aktionsprogrammes Insektenschutz“ wird verkannt, dass moderne Applikationstechnik und Weiterentwicklungen im chemischen Pflanzenschutz stetig zu einer umweltschonenden und nachhaltigeren Produktionsweise beitragen. Die politischen Rahmenbedingungen dafür sind jedoch eine wesentliche Voraussetzung. Dies gilt im Bereich des Pflanzenschutzes genauso wie die zur Diskussion zur Novellierung der Düngeverordnung, die zur Zeit zu erheblicher Verunsicherung auf den landwirtschaftlichen Betrieben führt. Notwendig ist in diesem Punkt eine weitreichende Folgenabschätzung vorzunehmen, und darauf aufbauend das aktuelle Düngerecht so anzupassen, sodass neben einer angemessenen Basisregulierung Ausnahmen für Betriebe geschaffen werden, die nachweislich aufgrund ihrer Betriebsstruktur beziehungsweise Düngepraxis keine problematischen Nitratemissionen verursachen. Nur so kann Umweltschutz und moderne landwirtschaftliche Produktion gemeinsam gelingen.

Die Proteste in der Agrarbranche, die sich gegen die aktuelle Agrarpolitik der Bundesregierung richten, sind keinesfalls als Absage der Landwirte an Veränderungen zu werten. Schon jetzt ist grundlegend die hohe Bereitschaft zu erkennen,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Produktionsabläufe zu verändern, ressourcenschonende Maßnahmen zu etablieren und nicht zuletzt den Dialog mit dem Verbraucher zu suchen. Jedoch müssen die Wünsche und Forderungen der Gesellschaft nicht zuletzt ökonomisch für den Landwirt darstellbar sein.

Die Europäische Union (EU) bietet mit dem gemeinsamen Binnenmarkt und der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eine weitreichende Grundlage für eine erfolgreiche Agrarwirtschaft mit weitreichenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen. Jedoch muss eine der wesentlichsten Voraussetzungen dafür ein Wettbewerb auf Augenhöhe im EU-Agrarsektor sein. Der Erlass zusätzlicher nationaler Vorschriften und Regelungen, über das vereinbarte europäische Recht hinausgehend, bringt grundsätzlich das Risiko mit sich, dass für Landwirte maßgeblich unterschiedliche Rahmenbedingungen gelten. Die Folge dieser Wettbewerbsverzerrungen wird sein, dass die bisher in Deutschland etablierte Agrarproduktion ins Ausland verlagert wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. dringend ein Konzept zu entwickeln, dass gemeinsam mit den anderen EU-Partnern langfristig einheitliche und verlässliche Standards festschreibt. Mit dieser Gesamtstrategie sollen bestehende Wettbewerbsverzerrungen abgebaut werden und einheitliche Produktionsstandards in der gesamten Agrarwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen eingeführt werden;
2. mit Nachdruck auf EU-Ebene grundlegend einheitliche Tierhaltungsstandards voranzutreiben. Dazu muss auch ein EU-weites, bindendes Tierwohl- und Herkunftskennzeichen eingerichtet werden, was in Anbetracht des gemeinsamen Binnenmarktes für den Produzenten ökonomisch sinnvoll ist, und dem Verbraucher bestmöglichste Transparenz bietet;
3. im Zuge der GAP-Verhandlungen vehement zu fordern, dass gekoppelte Direktzahlungen EU-weit schnellstmöglich abgeschafft werden;
4. in Zusammenarbeit mit den EU-Partnern intensiv darauf hinzuwirken, dass das Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel weiter harmonisiert wird. Das zonale Verfahren als ein wesentlicher Schritt zur Harmonisierung muss von allen Behörden der EU-Mitgliestaaten strikt umgesetzt werden, um Bürokratie abzubauen, Zulassungsverfahren zu beschleunigen und effizienter zu gestalten. Die Ziele des Nationalen Aktionsplanes Pflanzenschutz müssen seitens der Bundesregierung vehementer verfolgt werden, denn nur dadurch kann gewährleistet sein, dass Wirkstoffverfügbarkeiten in ausreichender Menge existieren, sodass Resistenzstrategien gegen Ungräser entwickelt werden und ökonomische Risiken beim Anbau von (Sonder-)kulturen minimiert werden können;
5. auf EU-Ebene für eine konsequent einheitliche Methodik bei der Datenerfassung von Umweltdaten, wie etwa der Erfassung von Nitratwerten im Grundwasser einzutreten.

Berlin, den 22. Oktober 2019

**Christian Lindner und Fraktion**

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.